



«Nein heisst Nein»

Steuern Für die Grünen geht der Kampf weiter: Sie wollen Steuersenkungen für Firmen und Privatpersonen verhindern. Es gehe nicht, nach einer Niederlage an der Urne «mehr vom Gleichen» anzubieten, sagt Co-Präsidentin Natalie Imboden.

Simon Wälti

Frau Imboden, Berner Unternehmer und bürgerliche Kreise verfolgen weiter das Ziel, die Firmensteuern zu senken – trotz des Neins Ende November. Sehen Sie einen Spielraum?

Die Ablehnung war deutlich. Zudem hat die Bevölkerung auch die USR III verworfen. Es ist offensichtlich, dass Bernerinnen



Natalie Imboden ist Co-Präsidentin der Grünen des Kantons Bern und als Grossrätin Mitglied der Finanzkommission.

und Berner den Plänen sehr skeptisch gegenüberstehen. Es wäre undemokratisch, die Firmensteuern trotzdem senken zu wollen.

Und die Idee, ein Paket zu schnüren, damit auch die Privaten und nicht nur die Firmen etwas von einer Steuersenkung hätten?

Wenn man nach einer Niederlage dem Stimmvolk mehr vom Gleichen anbietet, so ist das nicht das richtige Rezept. Nein heisst Nein.

Aber die Akzeptanz wäre wohl höher, wenn auch die normalen Steuerzahler profitieren würden, oder nicht?

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden sich ins eigene Fleisch schneiden. Steuersenkungen müssten mit einem Abbau der staatlichen Leistungen erkauf werden. Das hiesse weniger öffentlicher Verkehr, weniger Spitex. Zudem: Wenn man 40 Millionen an die Privatpersonen «verteilen» würde, würde

das jährlich nur 60 Franken für jeden ausmachen. Und die Gutverdienenden profitierten erst noch stärker.

Man könnte Geld über eine Anhebung der Motorfahrzeugsteuern hereinholen, wie das GLP, BDP und FDP vorschwebt.

Eigentlich liegt ja bereits seit 2016 ein Auftrag des Parlaments vor, eine Anhebung aufgrund ökologischer Kriterien zu überprüfen. Der Regierungsrat hat bisher nichts unternommen. Tatsache ist aber, dass die Tarife im Kanton Bern für Fahrzeuge mit hohem Verbrauch im schweizerischen Vergleich viel zu tief sind. Regierungsrat Philippe Müller muss jetzt beweisen, dass die FDP konkret etwas für den Klimaschutz unternimmt.

Macht es Ihnen nicht Sorgen, wenn der Kanton Bern im interkantonalen Steuerwettbewerb immer mehr ins Hintertreffen gerät?

Der Kanton Bern ist ein Kanton mit einer grossen Fläche und einer hohen Bevölkerungszahl. Das ist nicht vergleichbar mit Zug oder Basel-Stadt. Bei der Tiefsteuer-Strategie kann Bern nicht mithalten. Kleine Kantone spielen da in einer anderen Liga.

Im Kampf um Ansiedlungen kann der Kanton Bern zum Instrument des Steuererlasses greifen. Dann kommen Firmen ganz ungeschoren davon. Das ist doch auch nicht in Ihrem Sinn?

Das macht man wohl heute schon. Der Milliardenkonzern Wabco konnte wohl auch nur da-

mit angelockt werden. Ich kann mir vorstellen, dass man der Firma das Maximum versprochen hat – also eine Steuerbefreiung über zehn Jahre. Danach zieht sie wohl wieder weiter. Ich bin gegen solche Geschenke: Der Apothekenriese Walgreens Boots Alliance etwa spart mit solchen «Tax Holidays» jährlich 120 oder mehr Millionen Dollar. Auf solche Deals reagieren die Leute sehr sensibel.

Warum glauben Sie das?

Es geht um Fairness und Steuergerechtigkeit. Die Unternehmen leisten heute schon – verglichen mit den Privatperson – einen viel kleineren Beitrag an die öffentlichen Finanzen. Der Kanton steht aber vor grossen Aufgaben: So braucht es hohe Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Ich denke da etwa an die Fachhochschule oder den Ausbau des Bahnhofs Bern.

Sie sehen keinen Spielraum, die Steuern zu senken?

Auch nicht wenn man zum Beispiel im Gegenzug die Krankenkassenprämien stärker verbilligt?

Die Prämienverbilligung muss nach dem jüngsten Bundesgerichtsurteil im Kanton Bern sowieso angepasst werden. Anderer Kantone haben bereits korrigiert. Wenn man 100 bis 200 Millionen Franken mehr ausgibt für die Prämienverbilligung, was dringend notwendig ist, und gleichzeitig die Steuern um 100 bis 200 Millionen senkt, so geht das nicht auf.

Noch einmal: Der Kanton Bern ist bei den Firmensteuern



ziemlich abgeschlagen. Sie sprechen sich gegen Senkungen aus. Wo liegt dann die Lösung?

Ich verstehe nicht, warum sich Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) nicht für eine Steuerharmonisierung in der Schweiz ein-

«Ich verstehe nicht, wieso sich Beatrice Simon nicht für eine Steuerharmonisierung in der Schweiz einsetzt.»

setzt. Das «Race to the bottom» kann nicht so weitergehen. Schon jetzt liegt der Steuersatz für Unternehmen zum Teil bei 13 Prozent oder tiefer.

Sie wollen einen einheitlichen Satz in der Schweiz?

Das wäre nicht realistisch. Wahrscheinlich braucht es aber eine Bandbreite. Aber 13 Prozent ist sicher viel zu tief. Denn international gesehen ist die Schweiz ein Steuerparadies, auch der Kanton

Bern mit seinen 21 Prozent. **Auf Kantonsebene gibt es die Idee, dass die Gemeinden für Firmen und Privatpersonen unterschiedliche Steuersätze beschliessen können. So könnten Firmen stärker besteuert werden.**

Die Logik der Gemeinden kann ich nachvollziehen. Sie stehen am Ende der Kette und müssen je nachdem Sparmassnahmen umsetzen. Aber die Wirkung einer solchen Splittung könnte kontraproduktiv sein und den Wettbewerb noch zusätzlich anheizen. Die Konkurrenz zwischen den Gemeinden um die Ansiedlung von Firmen würde verstärkt. Zudem hätten bestehende Unternehmen ein Druckmittel in der Hand. Sie könnten sagen: Wenn ihr nicht die Steuern senkt, ziehen wir weg.

Am 19. Mai entscheidet die Schweiz über die eidgenössische Steuer-AHV-Vorlage. Die Grünen haben dagegen das Referendum ergriffen. Sie werden den Deal also auch im

Kanton Bern bekämpfen?

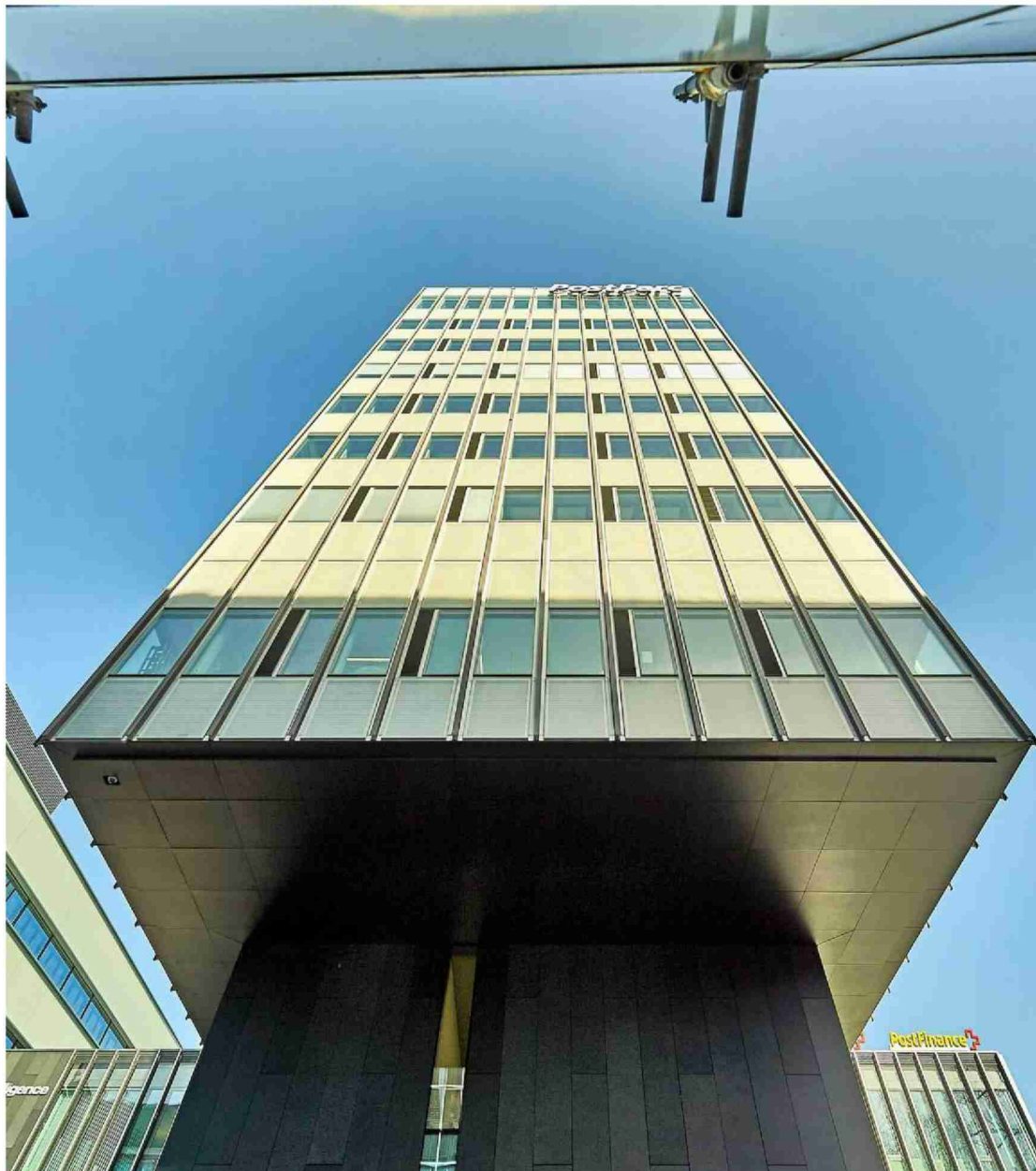
Ja. Es ist alter Wein in neuen Schläuchen. In der Vorlage sind auch Instrumente wie Patentbox und Abzug für Forschung und Entwicklung enthalten. Je nach Umsetzung im Kanton führt das zu Einnahmeausfällen und Leistungsabbau. Sogenannte Überabzüge von mehr als 100 Prozent leuchten von der Logik her nicht ein, das ist eigentlich eine Subvention. Statt neue Privilegien zu schaffen, sollte man besser die Schlupflöcher schliessen.

Aber ein Nein würde dem Ruf der Schweiz schaden. Der internationale Druck, die Sonderbehandlung von Holdingfirmen aufzugeben, würde nicht verschwinden.

Der Druck ist richtig. Die Sonderbehandlung von Holdingfirmen ist ethisch nicht vertretbar. Man muss halt dann schnell eine neue Lösung bringen und die Sonderbehandlung aufheben, aber ohne neue Schlupflöcher zu schaffen.

Nächster Entscheid steht an

Das Berner Stimmvolk hat am 25. November tiefere Steuern für Firmen abgelehnt. Da auf nationaler Ebene am 19. Mai die Abstimmung über das Paket aus Steuerreform und AHV-Finanzierung ansteht, bleiben die Firmensteuern ein Thema. Die Steuerreform sieht die Aufhebung der Privilegierung von Holdingfirmen vor. Auch die Kantone könnten Instrumente wie die Patentbox oder den Abzug für Forschung und Entwicklung einführen. Der Regierungsrat hat sich noch nicht entschieden: Er wird aber voraussichtlich im April die Eckwerte der kantonalen Umsetzung präsentieren. (wal)



Walgreens Boots Alliance im Berner Postparc erhielt einen grosszügigen Steuerrabatt. Foto: Adrian Moser